Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung nur $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man sende alle Briefe an: „Saskatchewan Courier Publ. Co.", Drawer 452, Regina, Sask., oder spreche vor in der Office: Hamilton Str. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

The "Saskatchewan Courier"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country.
Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask. Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 452. - - - - Phone 657.

1. Jahrgang. | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 20. Mai 1908. | No. 30

Canadische Umschau.

Aus dem Dominion-Parlament.

Letzte Woche hielt Sir Wilfrid seine große Rede zu der Aylesworth-Wahlvorlage, die nun schon so lange und so außerordentlich heiß umstritten ist. Die Dominion-Regierung hat das absolute Recht, ihre eigenen Wahllisten für die allgemeinen Wahlen aufzustellen. Sie braucht sich nicht an die Wahllisten der einzelnen Provinzen kehren. Da es nun Tatsache ist, daß die Manitoba-Regierung mehr als unskrupulös mit den Wahllisten verfahren ist, so ist es kein Wunder, daß die Dominion-Regierung ihr Recht durch das neue Gesetz festlegen will. Roblin und Genossen sind natürlich tuchswild und bestärken die Opposition in Ottawa in ihrer Obstruktionspolitik gegen die Bill.

Sir Wilfrid legte in langer Rede die Notwendigkeit der Bill, sowie den Zweck derselben dar. In glänzender Diktion, voller Beredtsamkeit, Humor und Kraft erklärte er die Einzelheiten der Maßnahme und zeigte, warum die Regierung nicht zurückgehen werde. Er berührte die Beschuldigung der Manitoba-Regierung betreffs der „dünnen roten Linien" und wies jede Beschuldigung als durchaus falsch zurück. Er zeigte dann die offenbaren Defekte des Manitoba Wahlgesetzes und die Machenschaften der konservativen Machthaber, um Liberale ihres Stimmrechts zu berauben und zeigte im Vergleich die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der neuen Vorlage.

Er bot dann die Hand zum Frieden an. Um beide Parteien — Grits und Tories — Liberale und Konservative zu befriedigen, machte er den Vorschlag, daß die Wahllisten von den Landrichtern zusammengestellt und revidiert werden sollten. Beide Seiten applaudierten Sir Wilfrid, als er diesen Kompromiß vorschlug und Redner schloß mit einer Bitte an die Opposition, doch Sinn und Verstand zu zeigen und die sinn- und nutzlose Obstruktion aufzugeben. Stürmischer Beifall ertönte von den liberalen Sitzen.

Foster antwortete auf Lauriers Ausführungen. Der ganze Ton seiner Rede war bitter und unversöhnlich. Er zeigte sich nicht geneigt, die Friedenspfeife mit den Liberalen zu rauchen, sondern erklärte, daß die Konservativen in ihrer Obstruktionstaktik fortfahren würden, wenn die Regierung die „ungerechte" Vorlage nicht zurückziehe.

Am nächsten Morgen hielten die konservativen Führer eine Beratung ab und beschlossen, mit der Obstruktion fortzufahren und auch keine Bewilligungen zu machen, ehe die Liberalen die Bill nicht zurückgezogen hätten.

Der Führer der Opposition, R. L. Borden, machte eine dahingehende Ankündigung im Hause.

Natürlich ist die Regierung nicht gewillt, den Konservativen nachzugeben, weil sie weiß, daß die Konservativen ihre Opposition nur betreiben, um der Manitoba-Regierung ihren Vorteil, die Wahlen, absolut zu kontrollieren und nach ihrem Willen lenken zu können, nicht nehmen zu lassen.

Besonders interessant ist es, daß ein kons. Abgeordneter, Roche, gerade den von Premier Laurier vorgeschlagenen Kompromiß früher schon als Ausweg angegeben hatte. Jetzt sind die Konservativen nicht damit zufrieden, sondern verlangen Zurückziehung der Vorlage. Das sagt genug. Niemand aber wird es der Regierung verdenken, wenn sie sich dem Willen der Minorität nicht beugt.

Um andere wichtige Vorlagen vorzubringen, verschob die Regierung die weitere Debatte über die Aylesworth-Bill auf Montag.

Am Freitag kamen die Bewilligungen für laufende Ausgaben aufs Tapet. Obgleich die Opposition geprahlt hatte, sie werde keinen Cent mehr bewilligen, wenn die Aylesworth Bill nicht zurückgezogen werd, gab sie doch nach. Die Bewilligungen waren freilich nur teilweise, solche für öffentliche Arbeiten in Manitoba, Saskatchewan und Alberta. Aber es überraschte doch, daß die Opposition trotz ihrer gegenteiligen Erklärungen dafür stimmte. Es wurden im ganzen 645,000 Dollars bewilligt. Unter diesen $10,000 für öffentliche Gebäude in Humboldt, $25,000 für Calgary, Alberta, und $50,000 für ein Zuchthaus in Prince Albert.

In den ersten Tagen der Woche wird der Kampf über die so heiß umstrittene Bill wieder beginnen und man ist allenthalben gespannt, wie die Sache enden wird.

Hoffentlich werden die Obstruktionisten Vernunft annehmen, denn je länger sie mit ihrem fruchtlosen Widerstand fortfahren, desto mehr wird es auch ihnen selbst zum Schaden gereichen.

Arbeiter-Vereinigungen in Canada.

Die Bewegung zur Gründung von Arbeiter-Vereinigungen hat auch in Canada in den letzten Jahren einen ganz bedeutenden Umfang angenommen. In Jahre 1907 wurden in der Dominion 232 neue Arbeiter-Organisationen gebildet, während 58 aufgelöst wurden, ein Nettozuwachs von 174 Verbänden in einem Jahr. Vergleicht man diese Ziffer mit denen der letzten Jahre, so tritt die Größe dieser Zunahme besonders hervor. Die Zunahme im Jahre 1906 belief sich auf 69, im Jahre 1905 auf 2 und im Jahre 1904 auf 44. Von den im letzten Jahr gebildeten Vereinigungen wurden 51 von Eisenbahn-Angestellten, 43 von Metallarbeitern und 41 von Bauhandwerkern gebildet. Von den neugebildeten Organisationen entfallen 94 auf Ontario, 51 auf Quebec, 28 auf Alberta und Saskatchewan und 22 auf Britisch Columbien.

Einwanderung.

Bei Gelegenheit einer Debatte über die Einwanderung im Parlament zu Ottawa sagte der Abg. Monk (kons.) kürzlich, das Bonussystem bringe unerwünschte Einwanderer ins Land.

Von der Regierungsseite wurde erwidert, daß gerade die Prämienzahlung den Zweck habe, unerwünschte Elemente fernzuhalten, denn Prämien würden eben nur für die bessere Klasse von Einwanderern bezahlt. Es ist dann schließlich zu Gunsten der Beibehaltung der Prämien abgestimmt worden.

Bei der Gelegenheit hat man auch einen Vergleich angestellt über die Herkunftsländer resp. Nationalitäten der Einwanderer in den Ver. Staaten und Canada; erstere zahlen keine Prämien. Mit Ausnahme von Rußland — Finnland nicht eingeschlossen — und Italien zahlt unsere Regierung Prämien an Agenten in allen anderen europäischen Hauptstädten. Die Folge davon war, daß im Jahre 1905 und 1906 aus Italien nur vier und aus Rußland nur zwei Prozent unserer Einwanderung kamen, während 25 und 20, zusammen also 45 Prozent der Gesamteinwanderung in die Ver. Staaten aus jenen beiden Ländern stammte. Von Großbritannien, Norwegen, Schweden, Frankreich, Deutschland, der Schweiz, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Australien und Neuseeland kamen in den genannten Jahren 56 Prozent unserer Einwanderung, während die Ver. Staaten aus jenen Ländern nur 38 Prozent ihrer Einwanderung erhielten. Canada nahm auch von den Ver. Staaten 58,000 Personen oder 30 Prozent seiner Einwanderung, während es nach dort nur 5060 oder ½ Prozent der dortigen Einwanderung abgab. Früher ging die Mehrzahl der britischen Einwanderer nach den Staaten; jetzt kommen die meisten nach Canada und zwar sind diese sowohl wie diejenigen aus anderen Ländern vorwiegend Ansiedler, wohingegen sich der Hauptstrom der amerikanischen Einwanderung in die großen Städte ergießt und zum größten Teil aus Angehörigen der lateinischen oder slavischen Rasse. Das wird darauf zurückgeführt, daß Canada eben nur für Ansiedler, Farmarbeiter, Dienstboten und Eisenbahnarbeiter Prämien bezahlt und somit für die Bevölkerung der großen brach liegenden Landstrecken Sorge trägt, von denen unsere Industrie leben soll.

Was nun die Einwanderung aus Deutschland betrifft, so können wir mit Stolz sagen, daß kein Einwanderer hier willkommener ist als der deutsche. Das ist auch von Sir Wilfrid Laurier, der durch und durch Franzose ist, rückhaltlos anerkannt worden. Und daß diese Anerkennung keine unverdiente ist, wissen wir, ohne uns überheben zu wollen, selbst am besten. Das Land, das den anderen nicht gut genug dünkte, haben unsere Landsleute aufgenommen und fast ausnahmslos blühende Farmdistrikte daraus gemacht. Und ihre Söhne und Enkel kaufen die Farmen anderer Nationalitäten aus, um auch diese Anwesen in kurzer Zeit in die Höhe zu bringen.

Daß die Einwanderung aus unserem alten Vaterlande im Vergleich zu der aus anderen Ländern in den letzten Jahrzehnten nicht größer war, hat seinen Grund darin, daß durch den Aufschwung der Industrie in Deutschland jedermann lohnenden Verdienst gefunden hat, allerdings zum Schaden der deutschen Landwirte, da die Industrien einen ungewöhnlich großen Teil der Landbevölkerung nach den Großstädten gezogen haben. Dazu kommt noch, daß die deutsche Regierung, um einer übermäßigen Entvölkerung des Landes vorzubeugen, jegliche Auswanderungspropaganda im eigenen Lande verbietet und keine Agenten duldet. Diese Propaganda hatte beispielsweise seiner Zeit zur Entvölkerung ganzer Dörfer in Ungarn geführt, sodaß auch dort sich die ungarische Regierung genötigt sah, einzuschreiten. (Wechselblatt.)

Das Alter unserer Minister.

Canada ist ein noch junges Land. Wenn man nun aber glauben wollte, auch unsere Minister im Dominion-Kabinett seien noch verhältnismäßig junge Männer, so würde man sich irren. In Ottawa ist kein Minister unter Vierzig und bis auf vier haben alle die Fünfzig bereits überschritten, einer ist sogar über achtzig Jahre alt. Demgegenüber findet man z. B. unter den Ministern in London die folgenden Altersklassen vertreten: 32, 33, 34, 35, 40, 45, 46 und selbst der Premierminister zählt nur 55 Jahre. Dies sind in Großbritannien durchaus keine Ausnahmen, denn es hat dort schon viel jüngere Minister gegeben; Pitt zählte z. B. nur 21, und Palmerstone 25 Jahre.

Ein interessanter Tag.

Ein für ganz Canada interessanter Tag wird der 8. Juni sein. An diesem Tage werden sowohl in Ontario wie auch in Quebec die Provinzwahlen abgehalten. Es ist in Ontario das erste Mal in 38 Jahren, daß die Wahlmaschinerie in den Händen der Konservativen ist und Premier Whitney ist der erste konservative Premierminister Ontarios, der das Volk der Provinz am 8. Juni um die Wiederwahl bittet. Wenn auch niemand bestreiten kann, daß Whitney selbst sehr populär ist, so darf man doch nicht vergessen, daß das Volk Ontarios eigentlich liberal ist. Die Konservativen erwarten allerdings einen großen Sieg ihrer Partei. Jedoch hört man auch Stimmen genug, die eine bedeutende Verkleinerung der großen konservativen Mehrheit in der Provinz-Legislatur prophezeien.

Am selben Tag wird auch die Wahlschlacht in dem durch und durch liberalen Quebec geschlagen werden. Niemand zweifelt daran, daß Premier Gouin einen großen Sieg erringen wird.

Wenn auch Provinz- und Dominion-Politik im allgemeinen nicht viel miteinander zu tun haben, so sieht man doch von Ottawa aus mit größtem Interesse den kommenden Wahlen entgegen. Denn die Provinzwahlen zeigen doch bis zu einem gewissen Grade, ob das Volk liberal oder konservativ denkt.

— Am 18. Mai fand im untern St. Lorenzstrom eine Kollision zwischen dem Dampfer „Ottawa" von der Dominion Linie, der am Sonnabend nach Liverpool abgefahren war, und dem Kohlendampfer „Thorold" statt. Der Schaden, den der „Ottawa" erlitt, ist bedeutend und mußte das Schiff zwecks Vornahme von Reparaturen nach Quebec zurückkehren. Ein Mann wurde bei der Kollision getötet und 4 verwundet.

— Laut der Quebecer „Perite" sind bei der Regierung Quebecs Schritte zu einer philantropischen Unternehmung getan worden, die dahin geht, den in den Gefängnissen von den Sträflingen durch Handarbeiten verdienten Erlös den Familien-Angehörigen der Gefangenen zuzuwenden, anstatt, wie bisher, diese Gelder in die Provinzialkasse fließen zu lassen. Ein solches Gesetz verdient überall eingeführt zu werden. In weitgus den meisten Fällen führt der Verbrecher in den wohleingerichteten Strafanstalten ein Leben auf Staats-, das heißt auf seiner Mitbürger Kosten, während seine Angehörigen, die auf ihn als ihren Ernährer angewiesen sind, darben müssen.

Neueste Nachrichten.

König Peter in Aengsten.

Von Belgrad wird Folgendes berichtet: König Peter, der schon zu lange auf dem blutbefleckten wackeligen Serbenthron sitzt, mag vielleicht bald am Ende seiner Regierung angelangt sein. Es findet in Kürze eine allgemeine Wahl statt und wenn die Opposition siegreich aus ihr hervorgeht, ist es mit der Herrlichkeit Peters zu Ende. Das Parlament ist aufgelöst worden, weil die Opposition durch stetige Obstruktion eine Erledigung der Geschäfte unmöglich machte. Die parlamentarischen Regeln der Skupschina sind solche, daß Mitglieder so oft und so lange als sie nur wünschen zu einem Thema sprechen können, wodurch eine resolute Opposition die Geschäfte des Parlaments einfach lahm legen kann.

Eine Versöhnung der Opposition wäre nur möglich gewesen durch ein Koalitionskabinett. Aber König Peter war und blieb hartnäckig und wollte nichts von Koalition wissen, sondern bestand auf Beibehaltung des ihm gefügigen Ministeriums Paschic. Wenn die Wahlen gerecht und ohne Wahlschwindeleien vor sich gehen, kann und muß man einen Sieg der Opposition erwarten, denn die Stimmung gegen den König ist je länger desto schärfer geworden. Selbst unter Führung des tüchtigen und unskrupulösen Paschics, des dem König ganz ergebenen Premiers, kann es nicht verhindert werden, daß eine große Anzahl Oppositionsmänner und Antikönigsmörder gewählt werden. Damit aber würde die Obstruktionspolitik fortgesetzt und die Lage des Königs nur noch schlimmer werden.

Wie die Stimmung gegen den König bei den Oppositionsmännern ist, kann man ungefähr aus folgenden Worten des Oppositionsführers ersehen, die er in der Skupschina äußerte: „Welches Vertrauen können wir in einer Regierung haben, die das Ansehen Serbiens so heruntergebracht hat, daß der König als Anreger und Aufreizer zu Attentaten gebrandmarkt ist? Wo bleiben die Besuche zu den Herrschern von Italien, Oesterreich u. Rußland? Unser König ist boykottiert, ist sozusagen in den Bann getan. Wie unsere Stellung in der auswärtigen Politik traurig ist, so sind die Zustände im Reich bejammernswert. Hier werden die Repräsentanten des Volkes von Regierungsbeamten und Offizieren ungestraft angegriffen. Politische Gegner werden eingesperrt oder getötet. Herausgeber und Redakteure von Oppositionsblättern werden gerichtlich verfolgt und ohne einen Schein von Schuld hinter Schloß und Riegel gesperrt. Ein Mordregiment ist hier in Serbien am Ruder."

Berlin, 18. Mai. — Anläßlich des Spektakels, welcher in der französischen Chauvinisten-Presse über den Empfang der Abgesandten Mulai Hafids in Berlin erhoben worden ist, hat der deutsche Botschafter in Paris, Fürst v. Radolin, an dortiger maßgebender Stelle die tatsächlichen Verhältnisse dargelegt und nachgewiesen, wie völlig der Vorwurf der Begründung entbehre, daß die in Rede stehende inoffizielle Audienz ein unfreundlicher Akt Deutschlands gegen Frankreich sei. Der Botschafter hat ferner die Gelegenheit wahrgenommen, nachdrücklichst hervorzuheben, welch' üble Wirkung die verletzende Besprechung des Berliner Empfangs der Marokkaner durch den Pariser „Temps" und andere französische Blätter auf die öffentliche Meinung im Deutschen Reich haben müsse.

Die hiesige Börse zeigt sich über die augenscheinlich ernste Wendung in der Marokkofrage beunruhigt.

Gleichzeitig veröffentlicht die „Kölnische Zeitung" eine offiziöse Auslassung, in welcher die Behauptung des Pariser „Temps" energisch bestritten wird, daß die deutsche Regierung den Einflüssen der Alldeutschen oder von Marokko-Interessenten zugänglich sei und den Haß der Kolonialkreise gegen die Franzosen nähre. Die Kundgebung klingt in einer entschiedenen Abweisung derartiger Tendenz-Nachrichten aus.

Unter den obwaltenden Umständen erregt großes Aufsehen ein Artikel, der gleichfalls in der „Kölnischen Zeitung" erscheint und in welchem die Stellung Deutschlands in der Marokkofrage einer scharfen Kritik unterzogen, sowie das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich beleuchtet wird. Der Verfasser des Artikels, welcher in dem rheinischen Blatt an hervorragender Stelle abgedruckt wird, ist ein im Ausland ansässiger Deutscher. Er legt dar, vielfach herrsche der Eindruck vor, daß die Politik des Deutschen Reiches schwächlich sei. Das Ausland sage, Deutschland sei außer Stande, Krieg zu führen. Wenn es mit dem Säbel rassele, so sei das Theaterlärm. Den Beweis dafür bilde die Behandlung der Marokkofrage. Sonst sei es doch unmöglich, daß erst der Herrscher laut die Wahrung der Unabhängigkeit des nordafrikanischen Scherifats zusichere und dann mit untergeschlagenen Armen der stückweisen Zerreißung des Landes zusehe.

Friede mit Ehren, fährt der Autor fort, solle der Leitstern der deutschen Politik sein. Auch an der westlichen Grenze bedrohe Deutschland eine andauernde Schwäche, indem es zurückweiche, wenn seine Ehre verletzt werde. Dadurch würde der Uebermut des Gegners verstärkt und würden neue Gefahren heraufbeschworen.

Algier, 18. Mai. — Am Donnerstag fand ein heftiger Kampf zwischen den französischen Truppen unter dem Befehl von General Vigy und den fanatischen Araberstämmen statt, in dem die Franzosen 13 Tote und 65 Verwundete verloren. Das Gefecht dauerte den größeren Teil des Tages hindurch. Boudenib, das Bollwerk von Mulai Hassan, wurde bombardiert. Drei französische Offiziere befinden sich unter den Getöteten. Wie verlautet, haben auch die Araber schwere Verluste erlitten. Diesem Gefecht ging, wie die jetzt eintreffenden Nachrichten besagen, am 13. Mai ein Gefecht in der Nähe von Beniouzian vorauf, das ebenfalls einen ganzen Tag dauerte. Die französische Streitmacht, Infanterie, Kavallerie und Artillerie, trieb die Araber in der Richtung auf Boudenib zurück.

St. Petersburg, 16. Mai. — Die chinesische Gesandtschaft in St. Petersburg hat von einer chinesischen Gesellschaft in Chabarewsk, Sibirien, eine Depesche erhalten, worin die dortigen Chinesen Klage führen über die Verhaftung von zweihundert chinesischen Bewohnern von Chabarewsk, die in Gewahrsam genommen wurden, weil sie keine Pässe hatten. Die russischen Behörden veranstalteten eine Razzia auf ein chinesisches Theater und nahmen das gesamte Publikum gefangen, darunter viele chinesische Kaufleute. Es hat den Anschein, als ob Rußland beabsichtigt, der chinesischen Einwanderung nach Sibirien einen Riegel vorzuschieben.

Berlin, 19. Mai. — Die Wettfahrt der Freiwilligen Automobilkorps Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, zu welcher in der letzten Aprilwoche die Bedingungen vereinbart wurden, wird am 27. Juli von Wien aus ihren Anfang nehmen und am 29. Juli in Berlin enden. Die deutschen Automobile erhalten je einen Generalitabsoffizier der österreichisch-ungarischen Armee, die Automobile der letzteren je einen deutschen Generalstabsoffizier. Diese Offiziere erteilen unterwegs Aufträge. Je zwei Preise sind von Kaiser Franz Joseph und Erzherzog Franz Ferdinand für die deutschen Sieger, von Kaiser Wilhelm und Admiral Prinz Heinrich von Preußen für die österreichischen Sieger ausgesetzt worden. Es handelt sich bei der Wettfahrt durchaus nicht um ein Schnellrennen, sondern es sind rein militärische Rücksichten maßgebend. Die Einzelheiten wurden in einer Konferenz deutscher und österreichischer Militärs in Dresden vereinbart.

St. Petersburg, 18. Mai. — Der Befehlshaber der russischen Strafexpedition auf persischem Gebiet, General Snarski, hat Ordre erhalten, sein Vordringen in das Grenzland von Persien wieder fortzusetzen und die Räuber mit Feuer und Schwert zu bestrafen. Er wird Dörfer zerstören, doch Frauen und Kinder verschonen.

Wiesbaden, 19. Mai. — Kaiser Wilhelm hat in Wiesbaden, wo sich der Monarch etwa zwei Wochen aufhalten wird, das Denkmal Wilhelms von Oranien, des Befreiers der Niederlande, enthüllt. In seiner Ansprache bei dem feierlichen Akt wies der Kaiser auf das Stammland Nassau hin und gedachte der historischen Bedeutung des Oranters. Das Denkmal ist eine meisterhafte Schöpfung des Professors Walter Schott, welcher sich gegenwärtig in New York befindet.

London, 18. Mai. — Infolge der jüngsten Marine-Unglücksfälle hat die Admiralität Ordre gegeben, bis auf Weiteres alle Nachtmanöver von Marine-Fahrzeugen einzustellen. Dem Vernehmen nach sollen nach Beendigung der eingehenden Untersuchung der Unfälle neue Instruktionen und Reglements, besonders für Torpedoboote, ausgegeben werden.

London, 19. Mai. — König Edward hat heute den deutschen Kolonialstaatssekretär Bernhard Dernburg in Audienz empfangen.

Provinzial-Nachrichten.

Die Voranschläge der Provinz-Regierung.

Am Freitag wurden die Voranschläge für das am 28. Februar 1909 zu Ende gehende Jahr vom Provinzial-Sekretär J. A. Calder eingebracht.

Die Provinz ist danach in einer günstigen Finanzlage. Die Bemerkungen Haultains und die Schreiereien der Oppositionspresse über verschwenderische Wirtschaft sind nicht nur übertrieben, sondern absolut grundlos. Es ist nicht wahr, daß gegenüber dem Kreditbetrag von über $400,000, mit dem das Jahr 1907 begonnen wurde, das laufende Fiskaljahr nur mit einem solchen von $1,167 begann. Dieser Kreditbetrag beläuft sich vielmehr auf $329,494 und setzt sich zusammen aus dem oben genannten Barbetrag von $1,167 und einem Vorschuß auf die noch unverkauften Schuldscheine für öffentliche Gebäude, Brücken usw. in der Höhe von 328,326 Dollars.

Der Gesamtbetrag der vorveranschlagten Einnahmen beläuft sich auf $2,471,076 mit Ausschluß der Ergänzungs-Einkommen-Steuer, die an 300,000 Dollars aufbringen muß.

Die laufenden Ausgaben sind mit $2,374,592 veranschlagt, so daß, ein Ueberschuß von $96,486 verbleibt.

Wir lassen die Voranschläge hiermit spezifiert folgen:

Einkommen

Kreditbetrag, 1. März 1908		$329,494
Davon Bar in Banken	1,167	
Barvorschuß auf Schuldscheine der Provinz	$328,326	
Subsidien von der Dominion Regierung	1,260,335	
Schulland-Fonds	75,000	
Zahlung auf Rechnung der Territorien	750	
Zurückzahlung von der Alberta-Regierung	750	
Schatzamts-Abteilung, einschl. Hagelversicherung, Ergänzungs-Eink.-Steuer, Zinsen auf Bankeinlagen u. s. w.	483,000	
Attorney Generals Dept., einschl. Schanklizenzen, Gerichtsgebühren, Land Titles Office Gebühren etc.	393,000	
Dept. des Prov. Sekretärs	190,500	
Dept. für öffentl. Arbeiten	23,500	
Landwirtschftl. Dept.	60,000	
Eisenbahn u. Teleph. Dept.	30,000	
Legislatur	2,000	
Regierungsdruckers Office	3,000	
Erziehungs-Departement	1,500	
		$2,471,079

Ausgaben

Civil-Regierung	$195,956
Legislatur	38,235
Gerichtspflege	406,202
Oeffentl. Arbeiten (aus dem Einkommen zu zahlen)	638,064
Erziehungswesen	658,524
Landwirtschaft u. Statistik	198,109
Oeffentl. Gesundheit, Hospitäler u. s. w.	45,800
Telephone	30,000
Verschiedenes	232,775
	2,349,383

Aus der Gazette.

Der letzten Nummer des offiziellen Amtsblatts der Provinz Saskatchewan entnehmen wir folgende Ernennungen:

Friedensrichter

G. M. A. J. Schönemann, Stockholm.
R. Ewert, McTaggart.

Oeffentliche Notare

Alfred W. Schunke, Nokomis.
Ferdinand Breker, Englefeld.

Kommissäre zur Entgegennahme beschworener Aussagen.

H. Barrett, Moose Jaw.
H. Schmidt, Saskatoon.
A. H. Ball, Yorkton.
A. C. Goerner, South Qu'Appelle.
O. Zilinsky, Beresina.
D. Mitchell, Francis.
W. J. Schmidt, Muenster.

Councillors

Local Improvement Distrikte:
Arnold Dank, Annaheim.

Die Duchoborzen in Yorkton.

Wie bekannt, schickte das Justizdepartement der Provinz Ontario an 70 Duchobórzen nach Saskatchewan zurück, weil diese eigenartigen und fanatischen Kerle bei jeder nur denkbaren Gelegenheit ihre Kleider abwarfen und in Adams Kostüm auf den Straßen herumspazierten. Unsere Provinz-Regierung hat sich in Ottawa über diese unfreundliche und nicht zu rechtfertigende Maßnahme der Behörden Ontarios beschwert. In der Zwischenzeit sind Schritte unternommen worden, um das Städtchen Yorkton zu unterstützen, die fanatische Bande in Zucht und Ordnung zu halten. Die Polizei in Yorkton hat Instruktionen erhalten, ein Stück Land zu kaufen und Zelte für die Leute dort aufzuschlagen, damit sie nicht unter freiem Himmel zu schlafen brauchen. Desgleichen hat die Polizei strenge Befehle erhalten, darauf zu sehen, daß die Doukhs kein öffentliches Aergernis geben.

Die Kinder dieser verrückten Gesellschaft, 15 an der Zahl, sollen ihnen einstweilen genommen und im Duchoborzen-Dorf, wo Peter Verigin der unumschränkte Herrscher ist, untergebracht werden. Die Erwachsenen, die wie kommunistisch zusammenleben, sollen nach Geschlechtern gesondert in den Zelten untergebracht werden.

Das Wetter.

Das Wetter der letzten Woche war dem Wachstum der jungen Saaten sehr dienlich. An vielen Stellen sind die Weizenfelder schon grün. Wenn man bedenkt, daß die Einsaat voriges Jahr um diese Zeit erst eben angefangen hatte, so ist es kein Wunder, daß die Farmer dies Jahr voll Hoffnung der Ernte entgegensehen.

Von vielen Stellen aus den Ver. Staaten kamen letzte Woche Nachrichten über sehr ungünstiges Wetter. Da können wir also froh sein, im canadischen Nordwesten zu wohnen.

Auch der Hafer ist bereits zum größten Teil in der Erde.

Hoffen wir nun, daß das Jahr hält, was es bis jetzt verspricht und daß alle Erwartungen in schönste Erfüllung gehen. Brauchen können wirs.

— Aus Sheho wird gemeldet, daß die Arbeit zur Schließung der Lücke an der G. T. P. Hauptlinie zwischen Leslie und Langham wieder aufgenommen worden sind. Es ist dies die sogenannte Sheho-Verlängerung und die große Mannschaft der Kontraktor-Firma J. G. Hargrave & Co., Winnipeg, hat bei Leslie wieder angefangen zu gradieren. Die Aufsicht führt Ingenieur J. A. Mackenzie und denkt man, daß die Arbeit in wenigen Monaten beendet sein wird.

— In Wolseley gedenkt die C. P. R. dies Jahr 75,000 Bäume auf einer Fläche von 50 Acker anzupflanzen und sind dabei 25 Mann unter C. L. Cooks Leitung beschäftigt.

— Auf Anordnung des Provinzial-Gesundheits-Inspektors wurden in Sheho vier Pferde, welche Herrn H. Thorleiffson gehörten, wegen Rotzkrankheit getötet. Weitere Fälle aus der Nachbarschaft sind noch nicht berichtet worden.

— Leslie, der bisherige Endpunkt der Sheho Linie, geht mit großen Schritten vorwärts, da jetzt schon 3 General Stores, eine Lumberyard, ein Maschinen Lagerhaus und ein Transfer-Geschäft vorhanden sind.

— Nach dem letzten Sturm war das Land so schnell ausgetrocknet, daß wieder mehrere Präriefeuer in der Umgegend von Sheho stattfanden. So haben u. a. die Folgenden Verluste erlitten: Schuppen von Joan Element $300.00; J. Olaffson Haus, Getreidespeicher und 600 Buschel guter Saatweizen, $2000.00; Schuppen und Maschinerie von George Hendrick $1500.00. Nichts davon war versichert.

Brücke fertiggestellt.

Die große C. P. R. Brücke über den Saskatchewanfluß bei Saskatoon ist fertiggestellt und bereits dem Verkehr übergeben. Eine Folge der Fertigstellung ist die, daß die Baumaterialien für die C. P. R. Strecke von Asquith in westlicher Richtung jetzt in beschleunigter Weise nach Westen gebracht werden können.

Letzte Woche wurden an 60 Cars mit Schienen über die Brücke westwärts transportiert. Die Brücke ist im ganzen reichlich 1300 Fuß lang.

— Von Swift Current wird geschrieben, daß eine Lokale Genossenschaft einen Komplex besten Weizenlandes nördlich vom Saskatchewan Fluß gekauft habe. Sie wollen das Land — es sind über 20,000 Acker — mit Farmern aus den Ver. Staaten besiedeln. Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft bereits eine Anzahl Landoffices im Staat Ohio eröffnet.

Der 13. Mai war der Tag, an dem das letzte Stück der Grand Trunk Strecke östlich von Winnipeg fertiggestellt sein sollte. Die Arbeiten an dem westlichen Teile sind nach Perdue ungefähr 40 Meilen westlich von Saskatoon gegangen, sind dort aber aufgehalten worden, da ein Teil des Materials noch fehlt. Sobald dies eingetroffen, will man die Arbeit nach Möglichkeit beeilen, und ist dann jeden Tag der erste Zug in Saskatoon zu erwarten.

Oestlich von Saskatoon wütete die ganze vorige Woche ein großes Präriefeuer. Ein Farmer berichtete, daß ungefähr 100 Quadratmeilen schwarz gebrannt seien und viel Futter vernichtet wurde. Unter anderem verlor ein Farmer 5 Heuschober und ein anderer 3, ebenso sind mehrere Schacks und Ställe niedergebrannt.

Alameda und Carlyle wollten an den Premier eine Deputation senden, um eine Telephonverbindung zwischen den beiden Orten seitens der Provinz-Regierung gebaut zu erhalten. Sie erhielten indessen von Mr. Calder den Bescheid, daß es völlig nutzlos wäre, diese Deputation zu senden, bevor das neue Eisenbahn- und Telegraphen-Ministerium eingerichtet sei. Nachher sei der Premier bereit, jede Deputation gern anzuhören.

In Prince Albert verspricht die Bautätigkeit dieses Jahr eine sehr rege zu werden, da schon Tenders für eine ganze Anzahl Gebäude ausgeschrieben sind. Ebenso sollen an die Erweiterung des Kanal- und Wasserleitungsnetzes weitere $65,000 gewendet werden. Außerdem will man eine neue Feuerhalle für $25,000 bauen.

— Das Städtchen Bethune fängt an mit Riesenschritten vorwärts zu gehen. Es wird dort lebhaft gebaut und sollen diesen Sommer u. a. ein zweites Hotel gebaut werden, ferner eine Kohlen- und Holzhandlung, ein weiterer Elevator, ebenso ein Department-Store. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um die Nachbarstädtchen Tisley und Lumsden zu überflügeln und wünschen wir Bethune recht viel Erfolg.

In Elm Creek zündete eine Frau Thos. Cook das Feuer mit Hülfe von Petroleum an, verließ dann auf einige Augenblicke die Küche und ließ ihr kleines Kind auf der Erde sitzen. Als sie zurückkam, fand sie die Küche in Flammen gehüllt und ihr Kind über und über brennend, ohne daß sie im Stande war, irgend welche Hülfe zu leisten.